

einzigste Hoffnung jetzt bei der CSU“. Sprangers Fazit: „Die CSU muß Flagge zeigen.“

Dies geschah am nächsten Tage. In der Fraktionssitzung der CDU/CSU beschwerte sich die CSU lauthals über Interview-Außerungen des Außenministers. Besonders empört waren die Christsozialen darüber, daß Genscher ständig den Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker als Kronzeugen für seine Politik zitierte.

In die Diskussion griff auch Fraktionschef Alfred Dregger ein: Die Außenpolitik sei keine Privatangelegenheit der Minister. Genscher habe die „Außenpolitik des Kanzlers und auch der CDU/CSU“ wahrzunehmen.

Aber welche? Die des Stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Volker Rühle, der im Bundestag den Ostverträgen eine „politische Bindungswirkung“ für künftige gesamtdeutsche Regierungen zuerkannte? Oder die des CSU-Chefs Strauß, der diese Bindungswirkung kategorisch in Abrede stellt?

Zauderer Kohl setzte sich beim Schlesier-Treffen vorletzten Sonntag in Hannover wieder einmal zwischen alle Stühle. In seinem Bericht zur Lage der Nation hatte der Kanzler, im Februar dieses Jahres, erstmals den Begriff der „polnischen Westgrenze“ in den Mund genommen – was die Polen damals als positives Signal begriffen. Koalitionsfreunden sagte Kohl nach dieser Rede, genauso wie im Bundestag werde er auch zu den Schlesiern reden.

Genauso redete er eben nicht. Das Wort von der polnischen Westgrenze kam nicht vor. Statt dessen wiederholte Kohl nur wortwörtlich, was im Warschauer Vertragstext steht – seither völkerrechtliche Banalitäten.

Schon der zurückgetretene Regierungssprecher hatte seine Schwierigkeiten, die diffuse Kohl-Politik dem Bürger nahezubringen. Eine Regierung habe nicht deshalb „ein Tief“, weil sie schlecht verkauft werde, meinte Boenisch, „sondern weil sie Probleme hat“. Und die werden, auch nach Vermehrung der amtlichen Sprecher-Stellen, nicht geringer.

Über den neuen CSU-Mann Norbert Schäfer juxta Freidemokrat Baum, jetzt habe auch „das Rumpfkabinett aus München einen eigenen Sprecher“. Und über Boenisch-Nachfolger Friedhelm Ost unken bereits Koalitionäre, der verstehe sich zwar auf Wirtschaftspolitik, kenne sich aber im verminten Bonner Gelände nicht aus.

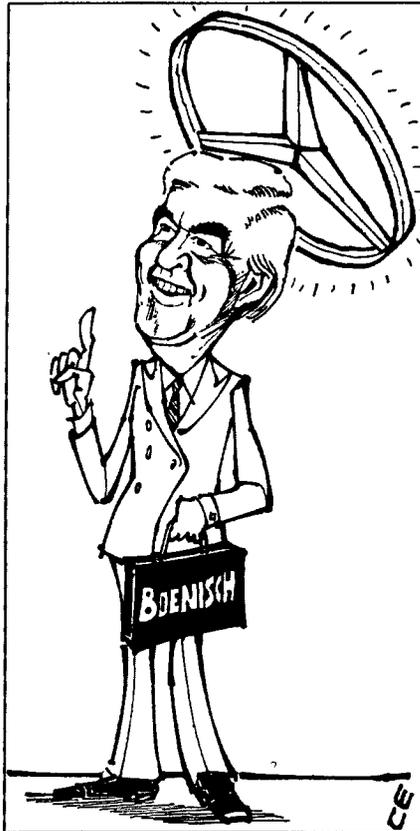
Da haben selbst Alteingesessene ihre Schwierigkeiten. Als Arbeitsminister Norbert Blüm vorletzte Woche zum Treffen der Ministerpräsidenten im Kabinettsaal erschien, suchte er vergeblich nach einem Platz mit seinem Namensschild. „Dich haben sie wohl vergessen“, spottete sein Kollege Zimmermann. Blüm: „Man weiß ja nie, was hier über Nacht passiert.“

## AFFÄREN

### Teuerste Kühlerfigur

**Wegen unverteuerter Einnahmen als PR-Berater der Autoindustrie droht Kohls Ex-Sprecher Boenisch ein Strafgebot in Millionenhöhe.**

Es war zu jener Zeit, als der Kolumnist Peter Boenisch in „Bild“ und „Bild am Sonntag“ („BamS“) noch den sozialdemokratischen Bundeskanzler Willy Brandt bekämpfte und dessen politische Berater heruntermachte, „die ihren Haß gegen Industrie und Großkapital schon



Welt am Sonntag

„Ich bin kein Heiliger“

mit der kommunistischen Muttermilch gierig schlürften“ (Boenisch).

Gegen die „schlechte Laune der Radikalen“, die sich wie „eine Dunstglocke“ über die Industrie legen, verteidigte der spätere Regierungssprecher damals besonders vehement die deutsche Autoindustrie.

Boenisch Anfang 1974, während der Ölkrise, über zeitweilige Geschwindigkeitsbegrenzungen: „Dieses gutwillige, fleißige Volk hat diese sozialistische Vollbremsung nicht verdient. Genossen mit Scheibenbremsen in den Socken.“

Und in einer weiteren „BamS“-Kolumne zum selben Thema: „Statt eines anerkennenden Händedrucks für soviel Bürgerdisziplin zeigten uns die Giftzwirge der Bewirtschaftung ihre Faust.“

Boenisch über kommunale Förderpläne für öffentliche Verkehrsmittel: „Die Qualität des Lebens rollt auf vier Rädern . . . Autofahrer, wehrt euch. Wir helfen euch.“

Boenisch über Pläne des damaligen Städtebaueministers Hans-Jochen Vogel, eine Verschrottungsgebühr für Autos einzuführen: „Autofahrer, wehrt euch gegen diese Vögel.“

Boenisch über Kritik am mangelnden Sicherheitsdenken der Autobauer: „Hält das Ausland unsere Autos für besonders zuverlässig, halten wir sie für beschissen. Gestern ‚Siegeheil‘ und heute ‚alles Scheiße‘.“

Den möglichen Hintergrund der Pro-Auto-Kampagne in Axel Springers Sonntagsblatt erhellt jetzt der Staatsanwalt. „Weit über eine Million Mark“, meldete das einstige Boenisch-Forum „Bild am Sonntag“, habe der Autoproduzent Daimler-Benz damals, von 1972 bis kurz vor Boenischs Bestallung zum Bonner Regierungssprecher gut zehn Jahre später, an zwei von Boenisch mitgegründete Schweizer Firmen gezahlt.

Der Vorwurf, daß er die Nebeneinkünfte dem Finanzamt verschwiegen habe, veranlaßte den Staatssekretär vorletzte Woche zum Rücktritt. Nachfolger wurde ZDF-Wirtschaftsredakteur Friedhelm Ost, der sich ebenso wie sein Vorgänger auf Public Relations für bedrängte Klienten versteht (siehe Kasten Seite 21).

Die eine der beiden Schweizer Boenisch-Firmen, die 1971 gegründete „Interrelation“ in Genf, ist schon vor längerer Zeit erloschen. Die andere, „Autorelation“ in Fribourg, existierte bis 1982 unter der Adresse eines Treuhandbüros, der „Gestion Financière Schibler“. Eingetragener Firmenzweck: „Kaufen, Verkaufen und Verfügbarmachen von Werbung für verschiedene Marken“.

Nichts im Handelsregister wies auf die Gründungsgesellschafter hin: Boenisch und den 1977 verstorbenen ZDF-Autotester Rainer Günzler, dem ZDF-Chefredakteur Reinhard Appel in der Grabrede „absolute Unabhängigkeit“ nachsagte. Nichts Nennenswertes ist aber auch von einschlägigen Aktivitäten Boenischs bekannt, das über seine Reklame-Kolumnen für das Auto als ein „Stück unserer Freiheit“ hinausgeht.

Ursprünglich, sagt er selbst, habe die PR-Tätigkeit dazu dienen sollen, Daimler-Benz damalige Sorgen um das „sportliche Image“ von Mercedes zu nehmen. Doch guter Rat, etwa, den C 111 zu bauen oder neue Konzepte für Autoausstellungen zu erarbeiten, fiel mehr in Günzlers Fach. Er selbst habe sich seit der Berufung aus der „Bild“-Chefredaktion in die Springer-Holding, wo er einen Posten als Geschäftsführer bekam, um die Tätigkeit in dem PR-Geschäft nicht mehr gekümmert – und das hieß seit

# Der Journalist des Jahres

Boenisch-Nachfolger Friedhelm Ost: Ein PR-Profi spricht für Helmut Kohl

Der Hilferuf erreichte Dieter Stolte mitten auf der Autobahn. Der ZDF-Intendant war am Freitag vorletzter Woche in seinem Dienstwagen unterwegs zu einem Empfang des Bertelsmann-Konzerns in Gütersloh, als sich über Stoltes Autotelephon der Kanzler meldete.

Helmut Kohl bat den Fernsehchef, ihm aus ZDF-Beständen einen neuen Regierungssprecher zu überlassen, den Wirtschaftsredakteur und designierten Leiter der Hauptabteilung Aktuelles, Friedhelm Ost, 43. Stolte sagte zu.

Kohl hatte einen gefunden, der an ihn glaubt. Vor alten ZDF-Kollegen verkündete Ost: „Ich richte mich auf zehn Jahre als Regierungssprecher unter Kanzler Kohl ein.“ Und noch am Tag seiner Ernennung verriet in der ZDF-Sendung „heute“ des Kanzlers neuer Wortführer, wie er seinem von Kritik und Affären arg gebeutelten neuen Chef beistehen will: „Das Image des Kanzlers muß etwas stärker konturiert werden.“

Für so etwas ist Ost Spezialist. Der CDU-Mann hat es sich seit Jahren angelegen sein lassen, mit Wort und Schrift (und auch für Geld) in Bedrängnis geratenen Mächtigen beizuspringen – vorzugsweise den von Kritik gepeinigten Managern der Atom- und der Pharma-Industrie.

So fand der studierte Volkswirtschaftler Ost neben seiner Arbeit als ZDF-Redakteur über Jahre Gelegenheit, die Kernkraft- und Kohle-Pläne der Energiewirtschaft mit guten Worten zu verteidigen. Mehrfach trat er für eine „Deutsche Bürgerinitiative für Energiesicherung“ vor die Mikrophone, einen den Energieproduzenten nahestehenden Kampfverband, zu dessen Aufgaben es zählte, Stimmung gegen Grüne und sonstige Umweltschützer zu machen.

Im Dienste der sogenannten Bürgerinitiative wettete Ost gegen „Freizeit-Ideologen oder Weltverbesserer, die zumeist von den Steuern der Arbeitnehmer leben“. Und bewegt führte er Klage darüber, daß „der Radau und Rabatz einiger weniger grüner Berufshüpfer oder Bafög-alimentierter Anti-Aktivistern ernst genommen wird“.

Dankbar druckte die „Bürgerinitiative“ in eigenen Veröffentlichungen solche „bravourösen“ Sprüche des „ZDF-Redakteurs Friedhelm Ost“ nach – und krönte den Autor mit dem Titel „Journalist des Jahres“.



Neuer Regierungssprecher Ost: „Blindes Friedensgefasel“

Steuerermüden Unternehmern sprach Ost aus dem Herzen, wenn er „das nette Sprichwort der 4 Methoden, um leben und überleben zu können“, zitierte: „Betteln, stehlen, verwalten – oder etwas leisten“. Ost: „Ich glaube, wir müssen uns sicher wieder stärker auf die Leistung besinnen.“

Publizistische Leistungen erbrachte Ost gern auch für die von Kostendämpfungsvorschlägen bedrängten Großverdiener unter den Ärzten. Vor Ärztevereinigungen trug er unter Beifall vor: „Wenn es den Ärzten nicht gelingt, den Trend zur total verwalteten Gesellschaft abzubauen, werden sie morgen die Funktionäre eines autoritären Sozialstaates sein – und sonst nichts mehr.“

Beauftragt worden war der Vortragsreisende vom Pharma-Hersteller Natrapharm (Spezialität: Tropfen für die Hirndurchblutung), in dessen Auftrag Ost vor den Ärzten nicht nur möglichst oft den Firmennamen erwähnte, sondern auch mit seinem Standard-Vokabular deutlich den größten Feind beim Namen nannte: die „Systemveränderer“ und, abermals, die „Freizeitideologen“.

An der unermüdlichen PR-Arbeit des Fernsehredakteurs (Spitzname: „Piepen-Friedhelm“) nahmen schließlich dessen ZDF-Kollegen Anstoß, die mit ihm bis 1984 das Wirtschaftsmagazin „Bilanz“ machten. „Ständig“, so ein ehemaliger „Bi-

lanz“-Redakteur, „gab es Krach in der Redaktion wegen der einseitigen, unjournalistischen Arbeit von Ost.“

Zu einem offenen Eklat wegen Osts Industrieverbindungen war es schon 1982 gekommen. Eine Südafrika-Reise Osts für „Bilanz“, so warf ihm die Redaktion vor, sei von der Ruhrkohle AG bezahlt worden. ZDF-Redakteur Herbert Hackl beschwerte sich in einem Brief an den Intendanten über die „PR-Arbeit“ des Kollegen – und wurde prompt von Ost verklagt. Der Rechtsstreit vor dem Wiesbadener Arbeitsgericht endete mit einem Vergleich.

Daß Ost nicht nur der rechte Mann ist, Kohls Wirtschaftspolitik zu vertreten, sondern auch das Weltbild von Verteidigungsminister Wörner vermitteln kann, hat er zuletzt im Streit um ein Kriegerdenkmal in seiner Heimatstadt Eppstein im Taunus offenbart. Vor einer Heldenfigur aus Stein, Baujahr 1934, Handgranate im Koppel, hatten Friedensfreunde am Volkstrauertag im letzten Herbst eine Rede gegen falsche Heldenverehrung gehalten. Ost ging das zu weit.

In der „Eppsteiner Zeitung“ schrieb er, das „blinde Friedensgefasel“ der Denkmalkritiker habe „wie Propaganda aus kommunistisch regierten Ländern“ gewirkt, den Zuhörern „Zornesröte ins Gesicht“ getrieben und aufs neue bewiesen: „Doppelzüngige Friedensapostel schrecken vor nichts zurück.“

Februar 1971, so ziemlich von Anfang an.

Mag sein, daß Boenisch deshalb so blitzschnell die Konsequenzen in Bonn zog, weil es nicht nur um den Verdacht nichtgezahlter Steuern für die Mercedes-Honorare geht.

Die Frage steht, ob sich der Springer-Kolumnist für seine Autokampagnen („Bonn wird zur teuersten Kühlerfigur Europas“) hat kaufen lassen, in die er den Springer-Verlag direkt einbezog: „Was können wir außer Protesten, Demonstrationen und Hupkonzerten in Bonn zur Verteidigung des Automobils tun? Bitte schreiben Sie an ‚Bild am Sonntag‘, Hamburg 36, Postfach 566“ – so Boenisch im März 1973.

Im Hause Springer kursierten, wie Axel Springers Generalbevollmächtigter Ernst J. Cramer sich erinnert, über Boenischs Beratertätigkeit „damals Gerüchte“, zu denen Boenisch auf Nachfrage erklärt habe, das sei „alles Quatsch“. „Wenn jemand in einer solchen Position ist“, so Cramer, „gibt man sich damit zufrieden und stellt nicht noch Nachforschungen an. Keinesfalls gab es eine Zustimmung des Hauses“ – während Boenisch heute über Axel Springer sagt: „Dem war das egal.“

Cramer zum SPIEGEL: „Hätten wir davon gewußt, hätten wir Peter vor die Alternative stellen müssen, mach in 24 Stunden Schluß damit, oder du mußt gehen.“ Boenisch machte zwar, so seine Version, Schluß mit den „aktiven Geschäften in dieser Firma“, nicht aber mit dem Beraterhonorar. Damit war der Interessenkonflikt nicht aus der Welt geschafft, sondern wurde später auch noch in die „Welt“ verlagert, als Boenisch dort 1978 Vorsitzender der Chefredaktion wurde.

„Die Vorstellung, daß ein Autoredakteur Anweisungen von einem Chefredakteur erhält, der zugleich von der Autoindustrie Beraterhonorar bekommt“, sagt Springer-Mann Cramer, „ist unerträglich.“

„Welt“-Redakteuren blieb Boenischs guter Draht zu Daimler-Benz nicht verborgen. Sie erinnern sich noch diverser Mercedes-Karossen vor dem Haus, die der Chef fahren durfte, etwa eines metallicsilbernen 500 oder eines gold-metallicfarbenen 500 SEL Coupé mit Innenausstattung in Leder. Gelegentlich ging dem Liebhaber die Übersicht verloren, an welchem Flughafen der private oder von Daimler-Benz bereitgestellte Mercedes geparkt war.

Selbst ein Gag der Springer-Blätter aus Boenischs Zeit als Regierungssprecher ist nun ins Zwielficht gerückt.

Für „Bild“ testete der langjährige „Bild“-Chefredakteur Boenisch im letzten Dezember seinen eigenen Mercedes 190 E - 2.3 - 16, lobte ihn rundum und nannte den Preis von 60 000 Mark sowie den „blödsinnig langen Namen“ das „einzige, was stört“. Für „Bild am Sonntag“ fuhr er im Januar strahlend „den neuen Mercedes“ 230 E und rühmte: „Ein Auto für den Menschen am Steuer.“

Boenischs besonderes Augenmerk hatte bis zu seinem Ausscheiden als „Bild“-Chef Anfang 1971 mancherlei gegolten, Rennpferden, Golfpartien und der Herrenmode, aber nicht der Autoindustrie. Das war die Spezialität des einstigen Rennfahrers, Sportredakteurs und späteren Industriemanagers Rainer Günzler, der als Vertrauter der Industriellenwitwe Inge Quandt sogar für einen Aufsichtsratsvorsitz bei Daimler-



Mercedes-Tester Boenisch (im 230 E)  
„Kaufen und Verfügbar machen“

Benz im Gespräch war, bevor der Quandt-Anteil Ende 1974 an das arabische Scheichtum Kuwait verkauft wurde.

Daimler-Benz habe, so „BamS“, den Freunden und Partnern Boenisch und Günzler 1972 zuerst 250 000 Mark und danach monatlich 25 000 Mark gezahlt. Nach Günzlers Krebs Tod im Jahre 1977 sei der Betrag halbiert worden; letzter Zahlungstermin: Januar 1982. Ein knappes Jahr zuvor, im April 1981, war Boenisch im Streit bei Springers „Welt“ ausgeschieden. Ein gutes Jahr danach, im Mai 1983, wurde er Kohls Pressechef.

Die Schweizer Unternehmen, verbreitete die Deutsche Presse-Agentur, hätten „die Autofeindlichkeit in systemkritischen linken Teilen der Öffentlichkeit abbauen“ sollen. Tatsächlich aber leistete Boenisch Arbeit ganz anderer Art. „Der umstrittenste Journalist der Bun-

desrepublik“, wie die „Zeit“ ihn damals nannte, diffamierte verkehrspolitische Ansätze zum Benzinsparen, zum Umweltschutz und zur Förderung der Bundesbahn als Politik der „Führer ohne Führerschein“ – vom „Problem Brandt“ bis zu „Gustav, dem Automuffel“ (gemeint: Bundespräsident Heinemann).

Nur zufällig, bei Ermittlungen in der Flick-Affäre, fiel die Querverbindung zwischen Mercedes und dem Autoförderer Boenisch auf. Am 13. Mai erwirkte die Berliner Staatsanwaltschaft einen Durchsuchungsbefehl, zwei Tage später war die Kripo in der Werbeabteilung von Daimler-Benz und in der Privatwohnung des früheren Vorstandschefs Joachim Zahn.

Ein Hubschraubereinsatz für die herbeieilenden Daimler-Anwälte – James Bond läßt grüßen – kam zu spät. Die Boenisch-Unterlagen waren schon gefunden.

Die Staatsanwälte addierten eine Steuerforderung von 500 000 Mark. Zahlt Boenisch, dürfte als nächstes ein Antrag auf Strafbefehl hinausgehen – veranschlagte Höhe: 1,08 Millionen Mark.

## EG-GIPFEL

### Stunde der Wahrheit

Helmut Kohl steht vor dem unangenehmsten EG-Gipfel seiner Kanzlerzeit.

Ende dieser Woche treten neun der zehnteiligen EG-Staats- und Regierungschefs eine relativ angenehme Reise an. Noch bevor sie die Jets bestiegen haben, die sie zum EG-Gipfel nach Mailand fliegen, wissen die neun schon, wer die Schuld für das Scheitern der Konferenz trägt: Bundeskanzler Helmut Kohl.

Gemeinsam mit Frankreichs Staatspräsident François Mitterrand wollte Kohl in Mailand einen kühnen Vorstoß machen, um Europa voranzubringen: In der EG sollte das Veto-Recht einzelner Mitgliedstaaten abgeschafft, sollten Mehrheitsentscheidungen möglich werden.

Ausgerechnet die Deutschen bemühten dann aber vor zwei Wochen den Veto-Knüppel, um eine lächerliche Getreide-Preissenkung von 1,8 Prozent zu verhindern. Ein Erfolg des Mailänder Gipfels scheint nun so gut wie ausgeschlossen.

Nur Helmut Kohl kann nicht begreifen, wieso ausgerechnet er den Gipfel belastet habe. Auf der Vorbereitungssitzung der zuständigen Kabinettsausschüsse entwickelte der Bundeskanzler vor seinen Ministern eine überaus listige Argumentation. Kohls Fazit: Mit dem Veto gegen die Getreidepreissenkung habe er die Abschaffung dieses Instruments nicht nur nicht verhindert, sondern geradezu betrieben.